

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4698. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig, Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelleile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshandlungen entgegen.

Streik der englischen Bergarbeiter.

Mit unverminderter Schärfe kämpfen die englischen Kohlenbergarbeiter weiter. Es ist sogar höchstwahrscheinlich, daß der Streik bald weitere Kreise ergreifen wird. Die Londoner Times wimmern und wehklagen: „Wir sind am Rande des Abgrundes. Morningpost fordert die Regierung auf, fest zu bleiben und keine Zugeständnisse zu machen, sonst würden die Streikandrohungen anhalten und die Industrie zerfallen. Daily Telegraph erblickt die Entscheidung des Streiks als eine Frage um Leben und Tod der demokratischen Regierung. Einige Blätter heben dem Ausgang des Kampfes sehr pessimistisch gegenüber. Er sei eine Bewegung, die nicht von den Führern, sondern von den radikalen Elementen in den Gewerkschaften getragen werde. Lloyd George erklärte einer Abordnung gegenüber, es könne innerhalb weniger Stunden Frieden sein. Die Lage könne sich jedoch auch zum arduen Kampf entwickeln, den England zu durchgemacht habe. Evening News melden über die bisherige Wirkung des Streiks, die Verluste an Steinkohlen für das Land betragen 2 500 000 Tonnen. Die Zahl der Arbeitstagen belaufe sich auf insgesamt 1 650 000, der Gesamtverlust an Löhnen auf 3 225 000 Pfund Sterling.

Gesetzliche Ausnahmemaßnahmen.

London, 23. Oktober. Wie das Reutersche Bureau meldet, kommt die im Unterhaus eingereichte Bill, die für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes Ausnahmemaßnahmen vorsieht, einer Wiedererlebung des Relegationsgesetzes gleich. Die Bestimmungen über diese Bill, die nächsten Dienstag zur zweiten Lesung kommen wird, sollen beschleunigt werden.

Verlagung des Eisenbahnerstreiks.

London, 23. Oktober. (Reuters.) Die Vollzugsausschüsse des Bergarbeiterbundes und des Eisenbahnerverbandes hielten heute eine Beratung ab. Der Vollzugsausschuss des Bergarbeiterbundes teilte mit, daß Lloyd George den Vollzugsausschuss zu einer neuen Konferenz eingeladen habe. Diese Einladung wurde angenommen. Der Vollzugsausschuss der Bergarbeiter ersuchte daher die Eisenbahner, ihren Streik zu verschieben, um die neuen Verhandlungen nicht zu beeinträchtigen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden morgen früh mit der Regierung in Downingstreet zusammenkommen.

London, 23. Oktober. Der Eisenbahnerstreik ist für die Dauer der Verhandlung zwischen Regierung und Bergarbeitern auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Stellung des deutschen Bergarbeiterverbandes zum englischen Streik.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Bochum wird gemeldet: Zu der Meinung, daß mit einem Sympathiestreik der deutschen Bergarbeiter für ihre im Lohnkampf stehenden Kameraden in England zu rechnen sei, erklärte der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes, Abgeordneter **Huemann**, auf einer Konferenz in Bochum: Wenn in der Presse von heute gesagt wird, daß die deutschen Bergarbeiter in einen Sympathiestreik eintreten würden, auf den viele linksradikale Kreise hindrängen, so kann ich demgegenüber mitteilen, daß unsere britischen Kameraden im Augenblick gar nicht wünschen, daß wir sie durch den Sympathiestreik unterstützen. Die Verfassung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen verlangt, daß wir solange Gewehr bei Fuß stehen, bis die im Kampfe lebende Organisation an die Internationale das Ersuchen richtet, daß wir aktiv mit eingreifen. An diesem alten Brauch werden wir auch jetzt festhalten. Wir werden allerdings darüber wachen, daß die deutsche Kohle, die wir jetzt zwangsweise an die Entente zu liefern haben, nicht auf dem Umweg von Frankreich nach England kommt. Sobald das festgestellt wird, gibt es Mittel und Wege, dieses zu verhindern. Ob wir dann in Aktion treten, ist noch eine Frage, denn dann kommt in erster Linie der Appell an die Transportarbeiter und Eisenbahnangestellten. Wir können die Kohle dringend für die in Not befindlichen einen Volksgenossen gebrauchen. Zwar wollen wir uns den Verpflichtungen der Entente gegenüber nicht entziehen, aber ich möchte in diesem Augenblick betonen, daß die deutschen Arbeiter auf keinen Fall zu Streikbrechern und zu Verrätern an der englischen Arbeiterkraft werden. Das wollen wir in aller Deutlichkeit aussprechen, damit diejenigen, die es angeht, es hören. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Sieg der britischen Bergarbeiter auch unser Sieg und ihre Niederlage auch unsere Niederlage ist.

Vorbereitungen zu einer internationalen Hilfsaktion der Transportarbeiter.

Amsterdam, 23. Oktober. Allgemeines Handelsblad meldet, daß die Leitung des internationalen Transportarbeiterverbandes in ihrer diese Woche in Amsterdam abgehaltenen Versammlung beschlossen hat, unter Mitwirkung der Transportarbeiterorganisationen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und Holland, die für eine eventuelle internationale Unterstützung der streikenden britischen Bergarbeiter notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Newport, 24. Oktober. Die amerikanische Gewerkschaftsunion schlägt zur Unterstützung der Forderungen der englischen Kohlenarbeiter vor, die Ausfuhr amerikanischer Kohlen zu verhindern. Die Gewerkschaft der Lader hat ihre Mitglieder aufgefordert, das Verladen von Ausfuhrkohle zu verhindern.

Ein Ultimatum der französischen Bergarbeiter.

Paris, 24. Oktober. Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten seine Forderungen unterbreitet. Er verlangt einen Tageslohn, der fünfmal höher ist als der vor dem Kriege und ferner Zulagen für die Arbeiter unter Tage. Der Nationalrat verlangt eine Antwort bis zum 30. Oktober, um gegebenenfalls die Verhandlungen über die neue Gehaltskala mit den Grubenbesitzern am 2. November beginnen zu können. Am 14. November müßten die Verhandlungen zu Ende geführt sein. Die neue Lohnkala soll am 1. November in Kraft treten.

Besetzung französischer Säulenwerke durch Arbeiter

Genf, 25. Oktober. Das Echo de Paris verbreitet die Nachricht, daß in den Höfenwerken von Yvoir (Niederbrabant) die Arbeiter wegen Entlassung einer Anzahl Kameraden die Höfen besetzten und eine Art Sowjet (?) einrichteten.

Die Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 23. Oktober. (Amtlich.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten setzte am Sonnabend die Beratungen von Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien fort. Es waren u. a. anwesend: Der Reichskanzler, sowie die Reichsminister des Äußeren und des Innern, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der Preussischen Landesversammlung. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes:

Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle staatsrechtliche Autonomie einfließt, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt.

Die Annahme des Gesetzes im Reichstag ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern sämtlicher Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Tanks in Oberschlesien.

Beuthen, 23. Oktober. Die Bewaffnung der Polizeitruppen zeigt heute ein anderes Bild, insofern als heute Tanks in größerer Zahl in Oberschlesien auftraten. So rückt heute vormittag in Beuthen 18 Tanks ein, auch in anderen ober-schlesischen Städten sind heute Tanks in Erscheinung getreten.

Eine Professurkündigung der Berliner Alt- und Neukommunisten.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Neukommunisten im Verein mit der KPD, veranstalteten am gestrigen Sonntag in der Neuen Welt und in den Pharus-Sälen Kundgebungen, in denen etwas stark verpöht gegen die Ausweisung Sinowjews und Losowskys protestiert werden sollte. Beide Versammlungen waren nach übereinstimmenden Mitteilungen der Berichterstatter sehr schwach besucht. Sämtliche Redner kündigten dem Bürgertum, einschließlich der SPD, und der USPD, den Kampf bis aufs Messer an. **Däumig**, der in der Neuen Welt sprach, erklärte, die Haltung der Regierung gegenüber Sinowjew und Losowsky, die wahrscheinlich durch die Ententevertreter beeinflusst sei, zeige, daß es kein Verhandeln mit den herrschenden Klassen geben könne. Der Kampf müsse aufgenommen werden. Man werde unterstützt durch die kommunistische Internationale, an allen Orten den Kampf zugleich aufnehmen. Die bürgerliche Welt läßt sich mit Vernunftgründen nicht von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution überzeugen. Deshalb gebe es nur einen Kampf auf Leben oder Tod. Alle Gewerkschaften müßten mit kommunistischen Keimzellen durchsetzt und aus revolutionären Elementen eine Elite-Kampftroppe geschaffen werden. **Waltzer** sprach für schnelle Errichtung eines Sowjet-Deutschland, damit man den Russen helfen könnte. **Richard Miller** meinte, die Stunde des Entscheidungskampfes sei nahe. Das Proletariat solle sich endlich von der verfluchten bürgerlichen Ideologie freimachen. Nach Schluß der Versammlung kam es auf der Straße zu sehr erregten Zusammenstößen mit Gruppen der KPD, die darüber empört waren, daß man eine Disziplin verweigert hätte. Ein Agitator der KPD erklärte, er ließe sich nicht von den Däumlingen einwickeln. Nach erregten Debatten lösten sich die streitenden Gruppen auf.

Reaktionäre Gewaltakte in Rumänien.

Bukarest, 24. Oktober. (Havas.) Auf die Drohung der Sozialisten mit dem Gesamtaustritt in Form eines Ultimatum hat die Regierung erklärt, eine Besserung der Lage der Arbeiter sei nur schrittweise mit der Besserung der allgemeinen Lage möglich. Als Antwort auf den Eisenbahnerstreik hat die Regierung die Mobilisierung aller militärischpflichtigen Eisenbahner angeordnet. Den Belagerungszustand verhängt, die Pressensur wieder eingeführt, die sozialistischen Abgeordneten und Anhänger **Moskous Dragou** und **Danase**, sowie die hauptsächlichsten Führer der Gewerkschaften verhaftet und die Geschäftsstelle des Gewerkschaftsausschusses geschlossen. In der Provinz herrscht Ruhe; der Zugverkehr wird durch technische Truppen aufrecht erhalten.

Der Kampf der Schloßbarone.

B. A. Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues wird von den Organisationen und der gesamten Presse des privatkapitalistischen Unternehmertums mit den verschiedenartigsten Waffen geführt, und es ist lehrreich, wieder einmal zu beobachten, mit welcher Energie und Folgerichtigkeit überall in dem gleichen Sinne gearbeitet wird. Ein kleines, überaus geschickt zusammengestelltes und auf die wirtschaftspolitische Urteilslosigkeit weitester Kreise spekulierendes Büchlein zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues wird zurzeit vom Bergbauverein in Essen vertriebt. Es ist wichtig, auf einzelne der darin angeführten Argumente etwas näher einzugehen, weil die meisten in den anderen diesbezüglichen Veröffentlichungen wiederkehren.

Aus der Zeit der Sozialisierungsdebatten nach der Novemberrevolution ist der Hinweis auf die verhältnismäßige geringfügigkeit der Gewinnsummen im Vergleich zur Höhe der Lohnbeiträge bekannt. Es wurde gern an Hand scheinbar unantastbarer Zahlen klargestellt, daß eine vollständige Verteilung des Unternehmergewinnes an die im Betriebe beschäftigten Arbeiter selbst bei den am besten rentierenden Werken kaum ein oder zwei Prozent Lohnhöhung bedeuten würde und daß es sich bei einer derart geringfügigen Verbesserung der Lebenshaltung — wie sie sich daraus ergeben könnte — nicht lohnen würde, gewagte Experimente zu unternehmen, die wahrscheinlich mit dem vollständigen Zusammenbruch der Volkswirtschaft enden, d. h. zum Schluß statt einer Besserung eine schwerwiegende Verschlechterung der proletarischen Existenzbedingungen herbeiführen müßten!!!

Auch im Propagandabüchlein des Bergbauvereins wird eine Tabelle an die andere gereiht, um den Beweis anzutreten, daß im Kohlenbergbau niemals beträchtlich höhere Profite als in anderen gut rentierenden Industrien erzielt worden seien und daß außerdem, wenn man die ausbeutelosen Zeiträume der Erschließung, den Gefahrenquotient und den Börsenkurs der Aktien herüberschleift, keinesfalls mehr als die übliche Verzinsung herausgeholt worden sei. Ich glaube kaum, daß es einem marxistisch-geschulten Sozialisten einfallen wird, zu bezweifeln, daß sich auch im Kohlenbergbau in der Vorkriegszeit die Angleichung der Profitrate an die Höhe der allgemeinen Profitrate im großen und ganzen vollziehen mußte; denn dieses der kapitalistischen Wirtschaft immanente Gesetz tritt natürlich überall in Wirksamkeit. Die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit, die zum Teil eine Reihe gewaltsamer Eingriffe in die Funktionen der kapitalistischen Wirtschaft aufwies, haben allerdings auch in dieser Hinsicht irreguläre Zustände geschaffen, die gerade der Urezeugung und den lebenswichtigen Industrien in hohem Maße zugute gekommen sind. Daß bei den jetzigen Kohlenpreisen und den im Bergbau gezahlten Löhnen eine scharfe Aufwärtsbewegung des Gewinnanteiles eingetreten ist, kann nach den verschiedensten Feststellungen nicht mehr bezweifelt werden. Ich verweise u. a. nur auf die noch immer bestrittenen, aber nie widerlegten Berechnungen des Mitgliedes der Sozialisierungskommission, Dr. Kuczyński.

Bei der Erörterung über die Sozialisierung der Volkswirtschaft spielt aber die Frage der bisherigen Betriebsüberlässe eine ganz untergeordnete Rolle, und die daran anknüpfenden Darlegungen haben deshalb für einen Sozialisten keinerlei Beweiskraft. Es ist ganz nebensächlich, ob im Kohlenbergbau höhere oder niedrigere Renten erzielt wurden, als in anderen Zweigen der privatkapitalistischen Gesellschaft. Es handelt sich nicht darum, dem Staat eine ergiebige Einnahmequelle zu sichern, sondern die Kohlenproduktion unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten und entsprechend den Erfordernissen der gesamten Volkswirtschaft aufzubauen und zu leiten. Es ist ohne weiteres klar, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung noch keine tatsächliche sozialistische Umgestaltung sein kann, weil auch dieser vergesellschaftete Wirtschaftszweig im Zusammenhange mit der noch nicht sozialisierten Volkswirtschaft bleiben muß, d. h. ihren inneren Gesetzen ebenfalls zum Teil unterworfen ist. Die Verschlebung der Machtverhältnisse, die sich jedoch durch eine derartige einschneidende Maßnahme herbeiführen läßt, bedeutet eine Steigerung der proletarischen Aktionskraft und damit einen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dem von uns erstrebten Ziel der sozialistischen Bedarfswirtschaft, die sobald über den Rahmen der kapitalistischen Produktion hinausgehend eine bessere Versorgung der Völker gewährleisten wird...

Der Bergbauverein operiert ferner mit dem beliebten Schlagwort von der fortschreitenden Bureaukratisierung und ihren Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung. Da der Vorschlag Leberer ihm leider etwas den Wind aus den Segeln nimmt, indem er ausdrücklich jede Nationalisierung und Verstaatlichung ablehnt und an ihre Stelle eine neue Form der Selbstverwaltung setzt, die ihren technischen und kaufmännischen Beauftragten weitgehende Freiheit des Entschlusses und die Initiative einräumt, wird entgegen den tatsächlichen Voraussetzungen, die der Sozialisierungsvorschlag schafft, von einem in „tiefschafte